

Ressort: Politik

Studie zu Flüchtlingskriminalität sorgt für neuen Streit

Berlin, 03.01.2018, 20:07 Uhr

GDN - Die Studie eines Forscherteams um den Kriminologen Christian Pfeiffer zur Gewaltkriminalität von Flüchtlingen sorgt für neuen Streit zwischen Union und SPD. Die Befunde an sich seien wenig überraschend, sagte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl, dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

"Überall auf der Welt sind junge Männer bei Gewalt- und Sexualdelikten deutlich überrepräsentiert. Unsicherheit und Perspektivlosigkeit begünstigen die Gefahr, auf die schiefe Bahn zu geraten." Kriminalität sei keine Frage der ethnischen Herkunft, sondern die entscheidenden Faktoren seien Bildung und die soziale Stellung eines Menschen in der Gesellschaft. "Daher ist es umso wichtiger, dass wir die zu uns kommenden Schutzsuchenden nicht sich selbst überlassen, sondern frühzeitige und verlässliche Integrationsangebote anbieten", so Högl. Hierzu gehöre auch, den Familiennachzug zu ermöglichen. "Denn die Studie zeigt deutlich, dass Familien zur sozialen Stabilisierung beitragen." CDU-Innenexperte Armin Schuster zieht andere Schlüsse aus der Untersuchung, die einen Anstieg der Gewaltkriminalität in Niedersachsen zu einem Großteil auf zugewanderte Täter zurückführt. Ein erfreuliches Ergebnis sei, dass es bei Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive kaum Probleme gebe. Anders sehe es aber bei Schutzsuchenden aus, die wenig Chancen auf einen Flüchtlingsstatus haben, vor allem aus Nordafrika. "Wir müssen dafür sorgen, dass die, die keine Bleibeperspektive haben, auch wirklich schnell zurückgeschickt werden oder gar nicht erst kommen", sagte Schuster dem "Handelsblatt". Dazu gehöre, die Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko endlich zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Zudem sollten Asylverfahren künftig wie im von CDU und CSU gemeinsam vereinbarten "Regelwerk zur Migration" in Entscheidungs- und Rückführungszentren abgewickelt werden. "Die beste Lösung wäre, diese Zentren in Grenznähe anzusiedeln und nicht Bleibeberechtigte gleich von dort wieder zurückzubringen", sagte Schuster. "Ich fürchte aber, dass wir das bei der SPD in den Sondierungen nicht durchsetzen können."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100085/studie-zu-fluechtlingskriminalitaet-sorgt-fuer-neuen-streit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com